

„Wirtschaftsbosse zu schwerfällig“

Sie beriet Angela Merkel und bereitete die EU-Energiestrategie vor. Jetzt kritisiert **CLAUDIA KEMFERT** die zögerliche Klimaschutzpolitik, die Angst vor der Energiewende und verlangt: raus aus dem Öl.

INTERVIEW: MARKUS GROLL

TREND: Nimmt man die Klimaschutzvereinbarungen von Paris ernst, haben sie eine sehr weitreichende ökonomische Auswirkung. Hat das überhaupt eine Aussicht auf Umsetzung?

KEMFERT: Ich bin überzeugt davon. Auch wenn den Klimawandel einzudämmen in der Tat ein Kraftakt ist, der enorme Veränderungen und Herausforderungen mit sich bringt. Eine Begrenzung der globalen Temperaturerhöhung auf unter zwei Grad Celsius bedeutet, dass wir unser Wirtschaftsleben bis spätestens Ende des Jahrhunderts komplett auf klimaneutrale Technologien umgestellt haben müssten.

Genau das klingt aber vollkommen unrealistisch. Ich habe eher den Eindruck, Paris war mehr eine Bühne für politische Scheinaktivität. Nein. Das Pariser Klimaabkommen ist das Erste, das diesen Namen wirklich verdient hat, da man, anders als bisher, auf einen „Bottom up“-Prozess setzt, der die Ziele einzelner Länder miteinander vereint. Jedes Land hat nur solche Ziele formuliert, die auch wirklich umsetzbar sind. Und alle sind dabei

„Deutscher Kohlestrom: erstaunlich, dass sich die Österreicher nicht mehr aufregen.“

CLAUDIA KEMFERT

Aber liegt in der Freiwilligkeit nicht die Schwäche? So hat gerade der deutsche Vizekanzler Sigmar Gabriel der Kohleindustrie neue Subventionen gewährt, anstatt sie zurückzufahren. Die deut-

schen Kohlesubventionen, getarnt als Beitrag für den Ausstieg, sind in der Tat kontraproduktiv, ineffizient und teuer. Damit laufen alte Kohlekraftwerke weiter, produzieren Stromüberschüsse, die exportiert werden müssen. Die Überschüsse schmälern den Ertrag sinnvoller Kraftwerke wie etwa auch der Pumpspeicher. Erstaunlich, dass sich die Österreicher da nicht mehr aufregen.

Was wären denn Ihrer Meinung nach die dringlichsten konkreten Maßnahmen, die wohl auch genauso für Österreich gelten werden? Der Ausbau erneuerbarer Energien sollte weiter vorangehen, die Bedingungen dafür weiter verbessert werden. Zudem ist das konsequente Energiesparen wichtig, und zwar in allen Bereichen: Energie, Verkehr, Gebäude, Industrie. Die Abkehr vom Öl im Mobilitätsbereich ist absolut dringlich, alternative Antriebsstoffe und -techniken

sollten konsequent eingesetzt und unterstützt werden. Subventionen für fossile Energien sollten komplett abgeschafft werden.

Kurzer Stopp bitte: Was heißt das konkret? Das

heißt konkret beispielsweise, dass Dieselfahrzeuge so stark besteuert werden sollten wie Benziner. Und Dienstwagen sollten etwa nur dann Steuervorteile bekommen, wenn sie ökologisch sind.



Klimaschutz à la Paris: unrealistisch bis zahnlos

CLAUDIA KEMFERT in einem aufgelassenen E-Werk in Berlin.

Die Obergrenzen für die Erderwärmung sind derzeit etwa so wenig praktikabel wie Obergrenzen für Flüchtlinge.

✘ SOLLBRUCHSTELLE

Das Pariser Abkommen gilt erst, wenn es bis 2020 in mindestens 55 Ländern - mit mindestens 55 Prozent der Treibhausgas-Emissionen - ratifiziert ist. Zwangsmaßnahmen dazu gibt es nicht.

✘ CHEATING. Die EU versprach eine Treibhausgasreduktion von 40 Prozent (Basis 1990). Kein Kunststück. Das ist bereits EU-Ziel bis 2030. Stand derzeit: minus 20 Prozent. Welches Land wie viel noch reduzieren muss, ist offen.

✘ ZIELVERFEHLUNG. Klimaforscher sind sich sicher, dass die Pariser Maßnahmen bei Weitem nicht ausreichen, um die Erderwärmung bei zwei Grad zu stoppen. Wird nicht kräftig nachgebessert, landet man sogar bei drei Grad.

✘ ZAHNLOSE VERSPRECHEN. Zusätzlich soll es 100 Milliarden Dollar für Klimaschutz in Entwicklungsländern geben. Schon im Jahr 2009 beim Kopenhagen-Gipfel war die gleiche Summe im Spiel. Umgesetzt wurde nur wenig.

✘ DISRUPTION. Fossile Energieträger entsprechen 15 Prozent des Materialverbrauchs in Österreich. Die Decarbonisierung würde mehr Arbeitsplätze kosten, als vergleichsweise im Lebensmittelhandel und Tourismus beschäftigt sind.

Das hört man in Österreich gar nicht gerne. In Deutschland auch nicht. Aber nur so wird man den Wandel schaffen.

Ein politisches Totschlagargument gegen allzu engagierte Klimaschutzmaßnahmen ist auch der befürchtete Verlust von Arbeitsplätzen. Erklären Sie doch einmal einem Volkswagen-Betriebsrat, dass Werkschließungen unausweichlich sein werden, wenn Dieselaautos verbannt werden. Nein, das ist der falsche Zugang, der die bereits eingeleitete Entwicklung übersieht: Der Strukturwandel weg von fossilen hin zu „Green Jobs“ findet seit vielen Jahren statt. Beispiel Kohle: Früher arbeiteten in Deutschland über

600.000 Menschen in der Kohlewirtschaft, heute nur noch 30.000, dafür nahezu 400.000 im Bereich der erneuerbaren Energien und viele mehr im Bereich der Energieeffizienz. Klimaschutz schafft riesige wirtschaftliche Chancen.

Aber zuerst verursacht der Umbau der Energiesysteme doch Kosten? Wieder falsch. Der wahre Kosten-Tsunami entsteht durch die Energie-Altlasten, nicht durch die Energiewende. Atomenergie verursachte und verursacht auch weiterhin Kosten-Tsunamis genau wie der Klimawandel. Eine kluge Energiewende vermeidet derartige Entwicklungen. Außerdem handelt es sich dabei nicht um Kosten, sondern um Investitionen

in die heimische Wirtschaft, die Wertschöpfung und Arbeitsplätze bringen.

Noch zögerlicher als die Politiker sind nur noch die Unternehmer, sehe ich das richtig? Oftmals schon. Am Dieselgate-Skandal von Volkswagen sieht man beispielsweise, wie schwer es ist, solche Ziele umzusetzen, wenn Wirtschaftsbosse zu schwerfällig reagieren.

Gilt das auch für neue Investitionen in die fossile Energieversorgung, etwa den Bau neuer Gaspipelines in der Nordsee? Da ist ja auch die OMV dabei ... Gas wird man zwar in den kommenden Jahrzehnten weiter nutzen, da man Gaskraftwerke in der Kombination mit volatilen

erneuerbaren Energien gut kombinieren kann. Dennoch stellt sich die Frage, ob wir wirklich jede Menge neue Pipelines brauchen, wenn schon die vorhandenen gar nicht ausgelastet werden. Insbesondere bei Northstream II habe ich da so meine Bedenken. Diese Pipeline konterkariert die Ziele der Energieunion, löst die Versorgungsproblematik in Südosteuropa nicht, heizt den Ukraine Konflikt nochmal an und zementiert die Abhängigkeit von russischem Erdgas in der EU für Jahrzehnte ein. Viele Aktivitäten im Bereich der fossilen Dinosaurier werden aus ökonomischer Sicht zu Stranded Investments. Die Märkte gehören denen, die das sehen. Wer nicht mit der Zeit geht, geht mit der Zeit.

ZUR PERSON.

Claudia Kemfert, 47, ist vielzitierte deutsche Klima- und Energieexpertin, Buchautorin, Leiterin der Energie- und Umweltabteilung am Deutschen Institut für Wirtschaftswissenschaften. Sie war Beraterin von Ex-Kommissionspräsident Manuel Barroso und Bundeskanzlerin Angela Merkel.

